

Junge Menschen und der Arbeitsmarkt





Mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Union

Impressum

Herausgeber: Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen, Königswinter
www.eza.org

Autor: Helmut F. Skala

Gestaltung: HellaDesign, Emmendingen

Illustration: © Klaus Puth, Mühlheim/Main, www.klausputh.de

Druck: Druckerei Eberwein, Wachtberg-Villip

Stand: März 2017

Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort	4
2	Einführung	7
3	Die Aufgabenstellung	10
4	Die Struktur der Projektkoordinierung	12
5	Die Situation der europäischen Jugend auf dem Arbeitsmarkt	15
6	Inhalte und Ergebnisse der Seminare	17
	a. Die bedarfsorientierte Arbeitsmarktentwicklung	17
	b. Die Bemühungen der Europäischen Union und der nationalen Regierungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit	24
	c. Wirtschaftspolitische Maßnahmen für einen stabilen und nachhaltigen Arbeitsmarkt	32
7	Die Erfordernisse für die Zukunft	35

1 Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

seit dem Bildungsjahr 2012 haben das Europäische Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA) und seine Mitgliedzentren in zahlreichen Seminarreihen und Bildungsveranstaltungen die Bedeutung einer guten beruflichen Ausbildung für die erfolgreiche Arbeitsmarktintegration junger Menschen in Europa herausgearbeitet und Gestaltungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerorganisationen in diesem Bereich aufgezeigt.

Ziel der Projektkoordinierung „Junge Menschen und der Arbeitsmarkt“ im Jahr 2016 war es, das Thema der Jugendbeschäftigung in den breiteren Kontext von wirtschaftlicher Entwicklung, Ökologie/Nachhaltigkeit und des sozialen Zusammenhalts zu stellen.

Eine der wesentlichen Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist, dass eine stabile wirtschaftliche Entwicklung Grundvoraussetzung für die Schaffung nachhaltiger Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen ist. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in den von der Krise besonders betroffenen Ländern Südeuropas war nötig, führte aber auch zum Wegfall von Investitionen, behinderte den wirtschaftlichen Aufschwung und führte vielerorts zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, vor allem auch von jungen Menschen.

Alles deutet darauf hin, dass die fortschreitende Digitalisierung der Welt der Arbeit zu einer Abnahme der Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitnehmer/innen und zu einer stärkeren Nachfrage nach höheren Qualifikationen durch Unternehmen und öffentliche Verwaltungen führen wird. Einer beruflichen Ausbildung, die theoretisches Wissen ebenso wie praktisches Können auf hohem fachlichen Niveau vermittelt, kommt somit eine immer stärkere Bedeutung zu.

Die Frage der Jugendarbeitslosigkeit muss aus einer nachhaltigen und ganzheitlichen Perspektive behandelt werden. In den Seminaren der Projektreihe wurde deutlich, dass Instrumente wie die Jugendbeschäftigungsgarantie zwar kurz- und mittelfristig die Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt verbessern können, in langfristiger Perspektive aber nach Lösungen gesucht werden muss, die ihnen dauerhaft und qualitativ bessere Chancen auf den Arbeitsmärkten eröffnen.

Nachhaltige Beschäftigung muss – so wurde in den Projekten mehrfach gefordert – jungen Menschen eine materielle Qualitätskomponente bieten, nämlich einen Lohn und Arbeitsbedingungen, die ihnen eine langfristige Planung ihrer Zukunft und für ihre Familie ermöglichen. Auch müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Zugang zu Angeboten des lebenslangen Lernens sichergestellt werden. Darüber hinaus muss nachhaltige Beschäftigung für die jungen Menschen auch eine immaterielle Qualitätskomponente beinhalten, die ihnen Zufriedenheit mit und Freude an der Arbeit garantiert.

In den insgesamt neun Bildungsveranstaltungen der Projektreihe wurde daher eine neue Wirtschaftsethik gefordert, die auf christlich-sozialen Grundsätzen basiert und den (jungen) Menschen dient, statt sie zu beherrschen.

Den Mitgliedzentren von EZA, die an der Projektreihe mitgewirkt haben (FIDESTRA, Fundacja Nowy Staw, HKD Napredak, KIKEA-DEOK, Association Christian Artists, KAP, IFES, USO), möchte ich für ihre aktive Teilnahme und ihr Engagement danken. Mein besonderer Dank gilt Helmut Skala, der die Projektkoordinierung leitete, inhaltliche Impulse gab, die Auswertung der Ergebnisse vornahm und den hier vorliegenden Abschlussbericht verfasst hat, für sein großes und wertvolles Engagement.

Die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission unterstützte unsere Aktivitäten inhaltlich und finanziell.

Mit den Ergebnissen und Handlungsempfehlungen dieser Broschüre möchten wir Arbeitnehmerorganisationen und deren Multiplikatoren Anregungen für ihre tägliche Arbeit geben und würden uns über Vorschläge und Kommentare zu diesen für alle Arbeitnehmer/innen in Europa drängenden Fragen sehr freuen. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der Rückseite dieser Broschüre.

Ich wünsche gute Lektüre!

Sigrid Schraml

Generalsekretärin EZA

2 Einführung

Die von EZA 2016 gestaltete Seminarreihe zum Thema **„Junge Menschen und der Arbeitsmarkt“** befasste sich in einer Folge von neun Veranstaltungen mit der Schaffung von Chancen für junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt sowie mit der Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Europa und einer nachhaltigen Stabilität auf dem Arbeitsmarkt. EZA will dazu aktiv und gestaltend mit konkreten Vorschlägen beitragen. Leider gilt es noch immer, die nach wie vor aktuelle und hochbrisante Arbeitslosigkeit, vor allem von jungen Menschen, in vielen Ländern Europas wirksam zu bekämpfen.

Während die Projektkoordinierung des Bildungsjahres 2015 „Effektive berufliche Bildung als eine wichtige Aufgabe für Arbeitnehmerorganisationen“ die Berufsbildung als wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den Vordergrund stellte, behandelte die Projektkoordinierung des Bildungsjahres 2016 „Junge Menschen und der Arbeitsmarkt“ dieses wichtige Thema über den Bildungsaspekt hinaus, vor allem unter den Aspekten der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ökologie und des sozialen Zusammenhaltes.

Die politische und wirtschaftliche Situation hat sich in den letzten 15 Jahren dramatisch gewandelt

Im Jahr 2000 beherrschte noch großer Optimismus Europa und die Europäische Union. Für die Zukunft hatte man sich sehr ehrgeizige Ziele gesetzt, die in der „Lissabon Strategie“ ihren Ausdruck fanden:

„Die Europäische Union muss bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“.

Leider sind wir mehr als 15 Jahre später mit einer völlig anderen Situation konfrontiert. Denn statt der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sind wir in vielen Ländern Europas mit hoher Arbeitslosigkeit konfrontiert, die vor allem die Jugend betrifft. Diese Arbeitslosigkeit, man spricht sogar von einer ganzen verlorenen Generation, birgt ernstzunehmenden politischen Sprengstoff in sich.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik, aber auch in die Gewerkschaften, ja sogar in die Kirchen, nimmt dramatisch ab und lässt sowohl rechtsgerichtete wie auch linksgerichtete extreme Bewegungen erstarken. Sehr deutlich wurde dies beim Seminar in Bad Honnef ausgedrückt. Jene Eliten, die nämlich in Krisenzeiten beispielgebend sein sollten, sind gescheitert. Zwar wurden die Banken gerettet, jedoch auf Kosten der Menschen und mit katastrophalen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Vor allem die Jugend ist davon betroffen und sieht sich mit hoher Arbeitslosigkeit sowie prekär geprägten Beschäftigungssituationen konfrontiert, die bis in Perspektivenlosigkeit führen. Dies begründet auch eine zunehmende Angst breiter Bevölkerungsschichten vor sozialem Abstieg, eine Angst, die von der Politik sehr ernst genommen werden sollte. Allerdings dürfen wir uns von Angst nicht überwältigen lassen, denn immerhin leben wir heute in einer EU, die den längsten Zeitraum an Frieden und Wohlstand in Europa erlebt, denn wir je hatten. Diesen europäischen Weg gilt es beizubehalten.

Die Arbeitsmarktsituation kann natürlich mit vielen politischen Maßnahmen verbessert werden, entscheidend dafür ist allerdings langfristig einzig eine gesunde und florierende Wirtschaft. Eine Wirtschaftsordnung kann aber nur dann nachhaltig und zum Nutzen der Gesamtgesellschaft bestehen, wenn sie den Marktmechanismus nutzt, jedoch zusätzlich vernünftige Ordnungsmechanismen schafft, die die sozialen und die ökologischen Dimensionen berücksichtigt.

In Krisenzeiten allein auf die Selbstheilungskraft des Marktes zu setzen, ist eine falsche und vor allem auch menschenverachtende Vorgangsweise. Eine nachhaltige und von den Bürgern auch mitgetragene Wirtschaftspolitik, die zu Gerechtigkeit, Gemeinwohl und sozialem Frieden führt, bietet sich mit dem Modell der „Ökosozialen Marktwirtschaft“ an. Ein Modell, das nach dem Zweiten Weltkrieg zum erfolgreichen Wiederaufbau führte und durch ökologisches Denken ergänzt wurde.

Dieses Modell wäre auch in der derzeitigen Krise erfolgreich anwendbar. Allerdings ist die EU aktuell nicht in der Lage, eine gemeinsame, komplexe und integrative Wirtschaftspolitik zu betreiben. Eine Finanzpolitik ohne wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit ist jedoch, wie wir es mit der Eurokrise schmerzhaft feststellen müssen, zum Scheitern verurteilt.

3 Die Aufgabenstellung

Es ist unbestritten, dass die wichtigste Ressource Europas sein Potenzial an sogenanntem Humankapital darstellt. Denn der Kontinent kann kaum auf nennenswerte natürliche Bodenschätze oder andere verwertbare Ressourcen zugreifen. Umso wichtiger ist es angesichts einer rasant alternden Erwerbsbevölkerung, die jungen Menschen erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Dies kann jedoch nur dann gelingen, wenn sie jene hochwertigen Ausbildungen erhalten, die ihnen nicht nur den Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnen, sondern auch nachhaltig ein solches Einkommen garantieren, welches ihnen eine sichere Zukunftsperspektive eröffnet.

Wir sind leider in vielen Ländern mit dem Phänomen konfrontiert, dass junge Menschen zwar eine hochqualifizierende theoretische und akademische Bildung aufweisen, diese ihnen jedoch keinen Zugang zur Arbeitswelt eröffnet. Es ist daher vor allem einem falschen Imagedenken entgegenzuwirken, welches in der Gesellschaft dieser Länder intellektueller Qualifikation ein weit höheres Prestige einräumt als praktischer Ausbildung und Kompetenz, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind.

Es muss aber auch der Arbeitgeberseite eindringlich bewusst gemacht werden und dabei von der Politik Hilfestellung gegeben werden, dass sie eine entscheidende Mitverantwortung an der Qualifizierung und dem Kompetenzerwerb ihrer Mitarbeiter und vor allem ihrer zukünftigen Mitarbeiter zu tragen hat. Diese Mitverantwortung wird in manchen Ländern mit der dualen Lehrlingsausbildung seit Jahrzehnten erfolgreich und beispielgebend praktiziert.

Für Arbeitnehmerorganisationen stellt es eine Priorität dar, nicht nur für eine Verbesserung des Bildungsniveaus und für praxisorientierte, richtige berufliche Kompetenzen der Jugend Europas einzutreten, sondern gemein-

sam mit den Arbeitgeberorganisationen in sozialpartnerschaftlicher Weise die Verantwortung dafür wahrzunehmen.

Die Aufgaben der Projektkoordinierung 2016 waren daher:

1. Den aktuellen Zustand der Arbeitsmarktsituation für Jugendliche zu erheben und Trends aufzuzeigen.
2. Vergleiche zwischen den sich unterschiedlich entwickelnden Regionen anzustellen und ihre Ursachen zu untersuchen.
3. Bereits erkennbare Reformfortschritte auf Grund von Programmen und Empfehlungen der EU und ihren Mitgliedländern, wie zum Beispiel die „Jugendbeschäftigungsgarantie“, aufzuzeigen, soweit dies innerhalb kurzer Beobachtungszeiträume schon möglich ist.
4. Die politischen Verantwortungsträger in den einzelnen Ländern und in der Europäischen Union darin zu bestärken, berufliche Qualifikationen und Kompetenzen zu fördern, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind.
5. Fehlentwicklungen und Erfolgsfaktoren bei den Bemühungen der Europäischen Union und der einzelnen Länder bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit aufzuzeigen.
6. Zusätzliche Einflussfaktoren auf den Arbeitsmarkt für junge Menschen zu identifizieren und zu werten.
7. Konkrete Verbesserungsvorschläge zu erarbeiten und dazu auch praktische Vorschläge und Forderungen an die Politik und die Sozialpartner zu formulieren.

4 Die Struktur der Projektkoordinierung

Die Programmgestaltung der einzelnen Seminare lag in der Verantwortung der organisierenden Institutionen, so dass durch Expertenreferate die regional sehr unterschiedlichen Situationen strukturiert dargestellt werden konnten. Daraus konnten wertvolle Vergleiche gezogen werden. Dazu wurden Expertinnen und Experten aus der Wirtschaft, von Behörden, der Arbeitsmarktverwaltung, der Bildung und der Wissenschaft sowie der Kirchen eingeladen. Auch den für die Politik der EU und in den Ländern Verantwortlichen wurde Gelegenheit gegeben, ihre Standpunkte einzubringen.

Die Sozialpartner waren durch hochrangige Repräsentantinnen und Repräsentanten ihrer Verbände vertreten. Auch die Vertreterinnen und Vertreter von unabhängigen Stiftungen brachten wertvolle Beiträge ein. Ebenso wurden Berichte von Vertreterinnen und Vertretern folgender Länder gegeben und diskutiert:

Albanien, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, England, Estland, Griechenland, Italien, Kroatien, Litauen, Malta, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik und Zypern.

Breiter Raum wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Seminare und Workshops für die Diskussion eingeräumt, um entsprechende Rückschlüsse und Folgerungen der unmittelbar Betroffenen ziehen zu können.

Auch ist für die Organisation von informativen Besuchen von Bildungseinrichtungen, Betrieben und Einrichtungen vor Ort zu danken.

Besonders wichtig war aber, dass die direkt Betroffenen, die jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in den Seminaren eine wichtige Rolle

gespielt haben. In allen Seminaren hatten Vertreterinnen und Vertreter aus den Jugendorganisationen, vor allem aber der EZA-Plattform für junge Arbeitnehmer (PYW), die Gelegenheit, ihre Standpunkte in Beiträgen kreativ zu formulieren und in ausführlichen Diskussionen zu festigen.

Für die hervorragende Organisation der in der Folge einzelnen angeführten Seminare darf den veranstaltenden Institutionen der beste Dank ausgesprochen werden.

Die einzelnen Seminare der Projektkoordinierung:

Das Auftakttreffen fand im Rahmen des EZA-Startseminars im Dezember 2015 in Malta statt. Die weiteren Seminare in chronologischer Folge:

1. „Berufsausbildung: Bewertung der Ebenen der Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Welche Ergebnisse wurden für die jungen Arbeitslosen erreicht?“, 6. bis 8. Mai 2016 in Amara / Portugal, organisiert von FIDESTRA
2. „Junge Arbeitslose – Die Jugendgarantie in ganz Europa“, 27. bis 29. Mai 2016 in Nasutów / Polen, organisiert von Europejski Dom Spotkań – Fundacja Nowy Staw
3. „Ausbildung und Beschäftigung junger Menschen in Südosteuropa – Das Problem der Migration in die Europäische Union“, 2. bis 4. Juni 2016 in Zagreb / Kroatien, organisiert von HKD Napredak
4. „Jugendarbeitslosigkeit in Europa“, 23. bis 25. Juni 2016 in Kopenhagen / Dänemark, organisiert von Europejski Dom Spotkań – Fundacja Nowy Staw

5. „Jugendbeschäftigungsstrategien, neue und bessere Arbeitsplätze und würdige Arbeit – Eine Herausforderung für Gewerkschaften, echte Veränderungen durch einen effektiven sozialen Dialog zu bewirken“, 5. bis 8. Juli 2016 in Limassol / Zypern, organisiert von KIKEA-DEOK
6. „Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Kunst- und Kultursektor“, 30. Juli bis 1. August 2016 in Bad Honnef / Deutschland, organisiert von Association Christian Artists
7. „Die Aufgabe der Arbeitnehmerorganisationen und weiterer Teile der Zivilgesellschaft bei der Durchsetzung der nachhaltigen Entwicklung (besonders hinsichtlich der jungen Generation)“, 9. bis 11. September 2016 in Velehrad / Tschechische Republik, organisiert von KAP
8. „Europäisches Sozialforum 3 – Jugendarbeitslosigkeit: Herausforderungen und mögliche Lösungen“, 22. bis 25. September 2016 in Iași / Rumänien, organisiert von IFES
9. „Politiken und neue Herausforderungen beim Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit in der EU“, 13. bis 16. November 2015 in Madrid / Spanien, organisiert von USO – CCFAS

5 Die Situation der europäischen Jugend auf dem Arbeitsmarkt

Die regional sehr unterschiedliche Arbeitsmarktsituation der jungen Menschen in Europa stellt nach wie vor ein ernstes und ungelöstes Problem dar. Es führt einerseits zu einer regionalen Spaltung Europas und andererseits zu gesellschaftspolitischen Verwerfungen. Diese zeigen sich in der Perspektivlosigkeit der Jugend, gesellschaftlicher Entwurzelung und innereuropäischer Migration. Verstärkt wurde die Situation durch die rasche Öffnung des Arbeitsmarktes für Arbeitsuchende aus neuen Mitgliedländern der Europäischen Union. Ausgelöst wurde die aktuelle soziale Frage vor allem durch die Finanzkrise beginnend im Jahr 2007 mit ihren völlig unkontrollierten, spekulativen und aus dem Ruder gelaufenen Geschäftspraktiken des Bankensektors.

Die durchaus ambitionierten Bemühungen der EU und der Mitgliedländer mit Förderungsprogrammen, zusätzlichen Fonds, Beschäftigungsgarantien sowie mit dem Fokus auf einer verstärkten Berufsbildungspolitik, die dem Bedarf des Arbeitsmarktes gerecht wird, zeigen zwar regional unterschiedliche, aber bereits signifikante Erfolge.

Die Statistiken zur Jugendarbeitslosigkeit sind sicherlich ein wichtiges Instrument zur Beurteilung der Situation und zum Aufzeigen von Veränderungen. Sie sind aber auch, wie alle Statistiken, mit gebotener Vorsicht zu betrachten, da sie rein quantitativ und nicht qualitativ orientiert sind. Das heißt, dass in der Arbeitslosenstatistik undifferenziert auch jene als Beschäftigte geführt werden, die sich in prekären, befristeten und oft unterbezahlten Arbeitsverhältnissen befinden. In Polen zum Beispiel fallen im ländlichen Bereich viele junge Menschen, die Zahl soll sich um ca. 1 Million bewegen, überhaupt aus allen Beschäftigungsstatistiken heraus, da sie in

kleinbäuerlichen Familienbetrieben leben und dort mitarbeiten. Ähnliche Beispiele gibt es in vielen Ländern. So berücksichtigen die Statistiken in Österreich nicht die beträchtliche Zahl jener, die sich in Schulung oder Umschulung befinden. Zehntausende junge Migranten, deren Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist, werden ebenfalls von diesen Statistiken nicht erfasst.

Es ist allerdings trotz dieser statistischen Ungenauigkeiten eine traurige Realität, dass noch immer mehr als 4,5 Millionen junger Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren in der EU arbeitslos sind. Trotz eines leichten Rückganges ist die Quote der Jugendarbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie die der Gesamtarbeitslosigkeit. Mehr als 7 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren befinden sich weder in Arbeit noch in Ausbildung, sind also NEETs (Not in Education, Employment or Training), eine Zahl, die sich durch die aktuelle Migrationsbewegung mit einem überproportionalen Anteil von jungen Menschen, permanent erhöht.

Dieser dramatischen und gefährlichen Situation und ihrer Bekämpfung hat EZA zwei Seminarreihen gewidmet. Die Projektkoordinierung des Jahres 2015 stellte bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vor allem die Notwendigkeit einer hochwertigen und marktorientierten Berufsbildung, die auf dem Arbeitsmarkt gefragt ist, in den Mittelpunkt.

In der hier behandelten Projektkoordinierung des Jahres 2016 wird über den Stellenwert beruflicher Bildung hinausgegangen und das Phänomen der Jugendarbeitslosigkeit ganzheitlich untersucht, und dabei werden nicht nur Fakten aufgezeigt, sondern auch Lösungsvorschläge erarbeitet.

6 Inhalte und Ergebnisse der Seminare

a. Die bedarfsorientierte Arbeitsmarktentwicklung

Prekäre Arbeitsverhältnisse und Brain-Drain in verschiedenen europäischen Ländern

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt stellt sich in Europa leider regional noch immer sehr unterschiedlich dar. In der Frage der Beschäftigung ist Europa gespalten, wobei vor allem der Süden, der Südosten und zum Teil auch die Staaten in Mittel- und Osteuropa noch immer unter starker Arbeitslosigkeit leiden. Dies führt zu einer diese Regionen zusätzlich schwächenden Abwanderungsbewegung und zu Perspektivenlosigkeit durch Arbeitslosigkeit oder prekäre Dienstverhältnisse.

Zwar haben zum Beispiel Portugal und Spanien, in Italien wird es versucht, die Stabilität ihres Finanzsektors und Staatshaushaltes weitgehend wiederhergestellt, allerdings um den Preis einer ausgeprägten Austeritätspolitik, verbunden mit schwachen öffentlichen Investitionen und einer vor allem regional sehr unterschiedlichen und sehr hohen Arbeitslosenquote, vor allem der Jugend. Dies wurde vor allem bei den Seminaren in Amarante und Madrid mit leider noch immer aktuellen Beispielen festgestellt.

In Portugal ist wie in vielen Ländern die Beschäftigungssituation regional und sektoral sehr unterschiedlich. Es wurden durchaus gute Erfolge durch Berufsbildungsprogramme erzielt, die die Arbeitsmarktbedürfnisse und die Ressourcen der jeweiligen Region berücksichtigen. Damit konnten auch neue Arbeitsplätze geschaffen und die Jugendarbeitslosigkeit leicht verbessert werden. Möglich wurde dies durch die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit der Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit den lokalen Behörden.

Die Arbeitslosigkeitsrate Kroatiens wurde beim Seminar in Zagreb mit etwa 15% und die der jungen Menschen mit 40% angegeben, wobei der höchste Prozentsatz mit über 60% die Hochschulabsolventen betrifft. Dies führt zu einem Brain-Drain der Akademiker, vor allem von Ärzten und Technikern, die damit für eine notwendige Stärkung des kroatischen Wirtschaftsstandorts verloren gehen.

Die Arbeitslosenrate in der Slowakei ist regional sehr unterschiedlich und hat sich unter den Jungen auf etwa 30 % eingependelt, wobei das Problem vor allem in der Langzeitarbeitslosigkeit liegt. In Slowenien bietet sich ein ähnliches Bild, weil die Regierung bei der Schaffung eines besseren und moderneren Bildungssystems bisher nicht erfolgreich war.

Besonders gravierend ist die Auswanderungsbewegung in Bulgarien, deren Konsequenzen für die Gesellschaft auch noch durch die stark negative Geburtenrate verstärkt werden. Der höchste Prozentsatz an jugendlichen Arbeitslosen mit fast 50% findet sich bei jenen, die über keine mittlere oder höhere Bildung verfügen.

Ähnlich ist die Situation in Serbien, so dass immer mehr Junge in westliche Industrieländer Europas abwandern. Etwas anders, jedoch noch gravierender stellt sich die Situation Bosnien-Herzegowinas dar, denn hier ist der Hauptgrund in der schwierigen politischen Lage zu sehen, die dazu führt, dass die Regierungsautoritäten ihrer Verantwortung zur Verbesserung der Lage der Jugend nicht nachkommen.

Die Arbeitsmarktsituation in Griechenland hat sich leider kaum verbessert und ist vor allem für die Jugend extrem schlecht. Dies wird nach Berichten der griechischen Arbeitnehmervertreter vor allem auf den rigiden Austeritätskurs zurückgeführt, der eine Erholung der Wirtschaftskraft behindert. Allerdings sind nicht unerhebliche Probleme durch Defizite in der Verwaltung

und im Steuersystem durchaus auch hausgemacht und müssen für ein zukünftiges Wachstum beseitigt werden. Derzeit kommt es zu einer starken Abwanderung junger Menschen, die über durchaus hochwertige Qualifikationen verfügen, die allerdings auf dem griechischen Arbeitsmarkt nicht gefragt sind. Viele suchen daher zum Beispiel, vor allem sprachlich bedingt, Arbeit in Zypern, was wiederum den Druck auf den zypriotischen Arbeitsmarkt für die Jugend zusätzlich verstärkt.

Ein besonderes Problem stellt die in manchen Ländern vorherrschende Korruption in Politik, Verwaltung und Wirtschaft dar. Allerdings existieren dazu natürlich keine verlässlichen Statistiken, sondern bestenfalls Schätzungen. Als besonders schwerwiegend wurde dieser Umstand von einem Repräsentanten Moldawiens berichtet. Es ist aber leider auch evident, dass in manchen Ländern sogar eine rechtskräftige Verurteilung auf Grund krimineller Handlungen für eine Wahl in Parlamente oder die Übernahme von Regierungsverantwortung keinen Hinderungsgrund darstellt.

Der Qualifikationsbedarf in der Zukunft

Die Prognosen über den europäischen Arbeitsmarkt weisen darauf hin, dass zwar die Gesamtzahl der Beschäftigten nicht zuletzt auf Grund der demographischen Entwicklung sinken wird, gleichzeitig aber das Qualifikationsniveau entscheidend steigen wird.¹

Der prognostizierte Bedarf an niedrigqualifizierten Beschäftigten wird sich vor allem aus Gründen der technischen Innovationen bis 2025 von 21,5% auf 13,8% verringern, während der Bedarf an hochqualifizierten von 31,2% auf 38,2% stark ansteigen wird.

¹ CEDEFOP-European Centre for the Development of Vocational training; Briefing note: "Europas uneinheitliche Rückkehr zum Beschäftigungswachstum", Thessaloniki Juni 2015

Die überalterte Bevölkerungsstruktur kann nur über höhere Qualifikation und weitere Einbindung von derzeit nicht Beschäftigten ausgeglichen werden.

Die rasant steigende Zuwanderung durch Flüchtlinge und Migranten wird zwar rein statistisch die demographische Entwicklung verändern, auf dem Arbeitsmarkt jedoch wegen Qualifikationen, die überwiegend nicht den aktuellen Anforderungen entsprechen, kurz- und mittelfristig keinen positiven Einfluss haben, sondern die Zahl der sogenannten NEETs sogar noch erhöhen.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für niedrig Qualifizierte werden in naher Zukunft stark abnehmen und sich auf jene mit mittlerer Qualifikation, vor allem jedoch auf die höher Qualifizierten verlagern. Wobei unter höheren Qualifikationen nicht grundsätzlich eine Akademisierung der Ausbildung zu verstehen ist, sondern eine Berufsbildung, die theoretisches Wissen mit praktischer Anwendung auf höchstem fachlichem Niveau verbindet. Dies wird auch die notwendige Konsequenz einer weiter zunehmenden Automatisierung, Technisierung und des Einsatzes von Robotik-Technologien nicht nur in den Produktionsbranchen sondern auch in Dienstleistungssektoren sein.

Grüne Jobs als Chance

Vor allem die Seminare in Zagreb und Velehrad hatten neben der Jugendbeschäftigung den nachhaltigen Umgang mit unserer Umwelt als weiteren Schwerpunkt gewählt und stellten die Apostolische Enzyklika „Laudato si“ in den Mittelpunkt der Diskussionen.

Denn das Bemühen um eine verbesserte Jugendbeschäftigung hat den Umweltschutz sowie die Verantwortung der kommenden Generationen gegenüber einzubinden und so die Ehrfurcht vor der Schöpfung zu wahren.

Der vermehrte Schutz der Umwelt kreiert zwar völlig neue Berufsfelder, aber ähnlich wie bei den IT-Kompetenzen, die mittlerweile in vielen Bereichen des Arbeitslebens eine zentrale Rolle spielen, gibt es Anzeichen dafür, dass grüne Kompetenzen künftig an fast allen Arbeitsplätzen ebenso wichtig sein werden.

Eine CEDEFOP-Studie zeigt jedoch auch, dass der Umschulungsbedarf für Arbeitskräfte, die einen Beruf in einer völlig anderen, „grüneren“ Branche ausüben sollen, möglicherweise nicht so groß ist wie erwartet. Qualifikationen in „alten“ oder sogar im Niedergang befindlichen Wirtschaftszweigen können nämlich trotzdem auch für die emissionsarme Wirtschaft von Wert sein.

So sind zum Beispiel Arbeitskräfte mit Erfahrung im Schiffsbau und in der Öl- und Gasindustrie aufgrund ihrer Kompetenz in den Bereichen Schweißen, Oberflächenbearbeitung und Ausrüstungskonstruktion im Windkraftsektor sehr gefragt. Fallstudien deuten darauf hin, dass Arbeitskräfte – sofern sie über eine solide Grundlage an fachübergreifenden Kompetenzen verfügen – durch Weiterqualifizierung oder die „Aufstockung“ vorhandener arbeitsplatzbezogener Qualifikationen in die Lage versetzt werden können, das volle Aufgabenspektrum eines neuen, grünen Berufes zu erfüllen.²

Die Auswirkungen von Industrie 4.0, Robotik und Cybersystemen

In manchen Sektoren sind aufgrund des hohen Weiterqualifizierungsbedarfs erhebliche Investitionen nötig. Aber auch bei der Schaffung neuer Sparten sind solche Investitionen erforderlich. Vor allem gilt es, eine in vielen Ländern zunehmende systemische Schwäche zu bekämpfen, die die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Fähigkeit einschränken, die Chancen eines grünen Wachstums zu nutzen.

2 CEDEFOP-European Centre for the Development of Vocational training; Briefing note: "Qualifikationen für grüne Arbeitsplätze", Thessaloniki, Juli 2010.

Vor allem die Defizite im Bereich von Führungskompetenzen und fachbezogenen, arbeitsplatzspezifischen Kompetenzen, deren Inhalte oftmals Bezug zu Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik haben (sie werden als STEM – für „science, technology, engineering and mathematics“ – bezeichnet), geben mehr Anlass zur Besorgnis als der Mangel an „neuen“ grünen Qualifikationen.

Infolge der demografischen Entwicklung tritt in einigen Ländern bereits ein Mangel an Ingenieuren – vor allem aber an Ingenieurinnen – auf, um diejenigen zu ersetzen, die in den Ruhestand gehen. Dieser Trend wurde in der Seminarreihe von Vertretern zahlreicher teilnehmender Länder bestätigt. Es gilt daher vor allem, verstärkt für diese Studien und Berufe zu werben und sie auch für junge Frauen attraktiv zu machen.

Dazu ist nicht nur eine professionelle und möglichst früh beginnende Beratung für die zukünftige Berufs- oder Ausbildungslaufbahn erforderlich, sondern auch eine begleitende Beratung und auch Hilfestellung während der beruflichen Karriere.

Die Veränderungen der 4. Industriellen Revolution wirken sich auf den Arbeitsmarkt mit dem Entstehen von neuen Erfordernissen und der Obsoleszenz bisheriger Fertigkeiten und Kenntnisse sowohl positiv als auch negativ aus.

Beim Seminar der Internationalen Künstlergewerkschaft in Bad Honnef wurde besonders darauf hingewiesen, dass gerade in dieser Situation die Generationen zusammenarbeiten müssen, indem sie gegenseitig Beiträge, Möglichkeiten und Herausforderungen annehmen. So können junge Künstler und die ältere Künstlergeneration eine Menge voneinander lernen und damit profitieren.

Die neuen Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie bieten nicht nur einen unkomplizierten und vielfachen Zugang zu Informationen, sondern auch einfache Möglichkeiten der Vervielfältigung, Verwendung und Verwertung.

Dies führt aber auch zu großen Sorgen, dass nämlich zum Beispiel kreativen Künstlern (Komponisten, Designer, Autoren, Choreografen, Drehbuchautoren, etc.) aufgrund des Anstiegs der illegalen Kopien ihre Existenzgrundlage genommen wird. Ähnlich ist die Situation in vielen Bereichen der Wissenschaft, der Lehre und der Forschung. Es gilt daher, weltweit das geistige Eigentum und die Urheberrechte zu schützen sowie die verwandten Schutzrechte, Markenrechte, usw. zu erhalten und dem technologischen Fortschritt anzupassen.

Es war noch nach jeder der bisherigen Stufen der Industrialisierung der Fall, dass der Verlust vieler Arbeitsplätze, ja ganzer Berufszweige beklagt wurde. Es sind allerdings auch immer neue Tätigkeitsfelder entstanden, die jedoch auch neue Kompetenzen und angepasste Ausbildungsformen notwendig machten.

Die nun beginnende weitere Stufe, die 4. Industrielle Revolution, ist nicht nur ein Faktum, sondern sie unterscheidet sich von früher auch durch ihre Schnelligkeit, die im Gegensatz zu den vorangegangenen Industrierevolutionen weit weniger Zeit lässt zur Anpassung an die künftigen Erfordernisse eines neu strukturierten Arbeitsmarktes mit innovativen Betätigungsfeldern.

In dieser Situation sind vor allem jene Länder und Regionen im Vorteil, die über ein anpassungsfähiges, vielfältig organisiertes, vor allem aber mit der Praxis eng kooperierendes Bildungssystem verfügen. Es sind dies auch jene Länder, in denen auf gesellschaftlicher Ebene dies nicht als zweitrangig, sondern als zukunftsorientiertes Erfolgsmodell gesehen wird.

Solche erfolgreichen Systeme können jedoch nicht innerhalb kurzer Zeit geschaffen werden, sondern müssen organisch wachsen. Die dafür notwendige Zeit ist allerdings für die Politik ein wesentliches Problem, da der auf der Politik lastende Erfolgsdruck rasche Ergebnisse fordert. Umso wichtiger sind daher langfristige Programme und Empfehlungen auf europäischer Ebene, die auch realistische Zeithorizonte berücksichtigen und die Verantwortungs-träger in den Mitgliedländern zu langfristigem Handeln zwingen.

b. Die Bemühungen der Europäischen Union und der nationalen Regierungen zur Bekämpfung der Jugend-arbeitslosigkeit

Die strategischen Ziele der Europäischen Union

Die ehrgeizigen Ziele der Europäischen Union des Jahres 2000, die mit der „Lissabon-Strategie“ erreicht werden sollten, wurden weit verfehlt. Ursache war vor allem die von den USA ausgelöste Immobilienkrise, die sich zur europäischen Finanz- und Schuldenkrise ab dem Jahr 2007 auswuchs, verbunden mit den notwendigen Rettungsaktionen für den Euro. Diese Krise hat Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Aufschwungs zunichtegemacht und die strukturellen Schwächen der europäischen Wirtschaft und der Gemeinschaftspolitik der EU schonungslos aufgezeigt.

Die Europäische Union reagierte auf diese Entwicklung zunächst mit der Strategie „Europa 2020“, um zunächst die Finanzkrise zu überwinden und damit die Grundlagen für eine wettbewerbsfähigere Wirtschaft mit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu legen. Ziel dieser Strategie ist die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum.

Intelligentes Wachstum soll durch wirksamere Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation erreicht werden, nachhaltiges Wachstum durch

entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft und integratives Wachstum durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut. Kern dieser Strategie sind fünf ehrgeizige Ziele in den Bereichen Beschäftigung, Innovation, Bildung, Armutsbekämpfung und Klima/Energie. Parallel zur Strategie „Europa 2020“ wurde allerdings seitens der internationalen Finanz- und Währungsinstitutionen ein rigider Sparkurs vor allem jenen Ländern verordnet, die schon bisher unter wirtschaftlichen Strukturproblemen litten. Diese Austeritätspolitik war für Investitionen und wirtschaftlichen Aufschwung hinderlich und ist einer der gravierendsten Gründe für die regional explodierende Arbeitslosigkeit. Besonders betroffen waren und sind davon die jungen Menschen, die unter einer gefährlichen Perspektivenlosigkeit leiden. Diese Austeritätspolitik wurde vor allem im Seminar in Limassol von Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen Griechenlands und Zyperns thematisiert und als Hauptursache für die hohe Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern angeprangert.

Die Strategie „Europa 2020“ wurde durch eine weitere Initiative der Europäischen Kommission unter ihrem Präsidenten Jean-Claude Juncker ergänzt, die mittels Investitionen der Wirtschaft Impulse gibt, um neue Arbeitsplätze zu schaffen:

„Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belebung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese zusätzlichen Investitionen sollten vorrangig in Infrastrukturmaßnahmen (insbesondere Breitband- und Energienetze und Verkehrsinfrastruktur in Industriegebieten), in die Bildung, Forschung und Innovation und in die Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz fließen. Vor allem aber muss in großem Maßstab in Maßnahmen investiert werden, die Arbeitsplätze für die junge Generation schaffen.“³

3 Politische Leitlinien von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, 15. Juli 2014, Rede vor dem Europäischen Parlament.

Die Mitgliedländer sind für die Umsetzung dieser Initiativen zuständig, wobei jedoch die EU sehr umfangreiche Finanzhilfen bereitstellt.

Mit der Investitionsinitiative wurde ein spezieller Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI) als gemeinsames Projekt der EIB-Gruppe (Europäische Investitionsbank und Europäischer Investitionsfonds) und der EU-Kommission geschaffen. Als Vorbild fungierte der erfolgreiche Marshallplan für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinem Kreditsystem des ERP (European Recovery Programme).

Der EFSI ist mit einer Garantie von 16 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt und mit einem Beitrag von 5 Milliarden der EIB-Gruppe ausgestattet.

Hauptinstrumente der EU für eine Neuausrichtung sind:

- „New Skills Agenda for Europe“ mit der Priorität auf der Qualität der Ausbildung, der Mobilität und der Information.
- Die Europäische Allianz für Lehrplätze (Apprenticeship).
- Stärkung der Berufsbildung (Quality framework for traineeships).
- Die Jugendbeschäftigungs-Garantie.

Die Jugendbeschäftigungs-Garantie

Die Jugendbeschäftigungs-Garantie ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, aber sicher kein langfristiges Allheilmittel. Denn keine Regierung in einem marktwirtschaftlich orientierten Staat kann Arbeitsplätze schaffen. Solche können nur mit einer florierenden Wirtschaft erreicht werden.

Die Jugendgarantie greift zwar in vielen Ländern und hat auch schon zur Verbesserung der Situation beigetragen, erfordert aber Geduld und Zeit. In großen Ländern wie Spanien, mit seinen ausgeprägten regionalen Unterschieden, ist die Entwicklung sehr ambivalent, da berufliches Training und praktische Arbeit noch immer ein schlechtes Image haben und vor allem akademische Titel das Sozialprestige erhöhen.

Die Länderberichte in den Seminaren zeichneten ein überwiegend positives Bild über die Ergebnisse der Jugendbeschäftigungs-Garantie. Dieses Instrument, welches seitens der EU über den ESF (Europäischer Sozialfonds) und weitere Förderungen unterstützt wird, unterliegt auch einer permanenten Evaluation durch die Europäische Kommission, aber auch seitens der Jugendplattform des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), wie in Madrid ausführlich berichtet wurde.

Das Seminar in Kopenhagen, von der EZA-Plattform junger Arbeitnehmer organisiert, befasste sich vor allem mit den Instrumentarien der Europäischen Kommission zur Stärkung des Arbeitsmarktes für Jugendliche, ihren positiven Effekten, aber auch mit ihren Schwächen.

Dabei standen die Beschäftigungsgarantie und der Stand ihrer Umsetzung im Mittelpunkt. Dazu bietet auch die EZA-Studie „Implementation of the Youth Guarantee“ eine wertvolle Grundlage.⁴

Es gilt allerdings, die Frage der Jugendbeschäftigung auch aus einer nachhaltigen und ganzheitlichen Perspektive zu behandeln. Instrumente wie die Beschäftigungsgarantie können zwar kurz- und mittelfristig eine Entschärfung der besorgniserregenden Situation schaffen, zur langfristigen und den Zusammenhalt der Gesellschaft fördernden Lösung sind die Beschäftigungs-

⁴ Implementation of the Youth Guarantee in Europe – working paper; Michael Schwarz, EZA Königswinter, 2015.

garantie bzw. die Garantie von Ausbildungsplätzen durch die staatlichen Institutionen jedoch nicht ausreichend. Es muss nämlich neben der materiellen auch die immaterielle Qualitätskomponente für eine nachhaltige Jugendbeschäftigung im Vordergrund stehen. Nur so kann die derzeit für einen Großteil der Jugend Europas vorherrschende Instabilität und Perspektivlosigkeit bekämpft werden.

Die materielle Qualitätskomponente muss eine entsprechend hohe Entlohnung und auch Arbeitsbedingungen umfassen, die eine langfristige Zukunfts- und Familienplanung für die jungen Menschen ermöglichen. Dazu müssen auch die Vereinbarkeit von Familie mit Kindern und Beschäftigungsmöglichkeit sowie lebensbegleitendes Lernen sichergestellt werden.

Aber auch die immaterielle Qualitätskomponente darf nicht vernachlässigt werden. Denn Zufriedenheit mit und Freude an der Arbeit sind jene Basis, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft und ihre Entwicklung ermöglichen. Für viele junge Menschen ist diese immaterielle Qualitätskomponente wichtiger als die rein materiellen Aspekte.

Mit dieser Zufriedenheit und Freude an der Arbeit kann auch der unwiederbringliche Verlust an Dynamik und Innovation durch die leider oft erzwungene Abwanderung der Jugend verhindert werden und der Überalterung in vielen Ländern Europas entgegengewirkt werden.

Schwerpunkt Berufsbildung

Ein entscheidender Faktor der neuen Strategie der EU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist die Berufsbildung. Diese hat im Instrumentarium der Europäischen Kommission absolute Priorität. Besonders forciert wird dabei das sogenannte „Duale System“, also praktische Arbeit in einem Arbeitsverhältnis in einem Betrieb und Ergänzung mit theoretischem Fach-

wissen und Allgemeinbildung in Berufsschulen. Genauso wichtig sind allerdings berufsbildende Schulen der Sekundarstufe II. Diese müssen jedoch den Praxisteil der Ausbildung in entsprechend ausgestatteten Praxiseinrichtungen (Werkstätten, Labors, Küchen usw.) in entsprechender Qualität und Quantität sicherstellen. Erfolgreich und hochwertig sind beide Varianten, wenn sie nach der Ausbildung den direkten Berufseinstieg ermöglichen und – im Falle der besonders erfolgreichen Modelle – auch einen Zugang zur tertiären Bildung gewährleisten.

Ein Signal für den Stellenwert der Berufsbildung ist auch der Kompetenzwechsel bei der Berufsbildungsagentur der EU - CEDEFOP vom Kommissariat für Bildung zu jenem für Beschäftigung.

Die Verantwortung der Arbeitgeber

Die Strategie „Europa 2020“ setzt auch auf die aktive Mitarbeit der Arbeitgeberseite, nicht nur bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, sondern auch bei der Heranbildung einer qualifizierten künftigen Mitarbeiter-schaft.

Es ist allerdings schwierig in jenen Regionen, die keine Tradition der „Dualen Ausbildung“ haben mit seinem, von den Arbeitgeberverbänden weitgehend in Selbstverwaltung organisierten Lehrlingsystem und den ergänzenden staatlich organisierten Berufsschulen, ein solches Ausbildungsmodell zu etablieren. Denn es müssen vor allem die Arbeitgeber vom Sinn und der Bedeutung der Heranbildung selbst ausgebildeter junger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die eigenen Betriebe und darüber hinaus den gesamten Wirtschaftsstandort überzeugt werden.

Dieses Bewusstsein der sozialpartnerschaftlichen Verantwortung für die Ausbildung junger Mitarbeiter wird mit der „European Alliance for Apprentices-

ship“ der EU geschaffen. Diese Allianz vereint öffentliche Behörden, Kammern des Handels, der Industrie und des Gewerbes, Sozialpartner, Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, die Regionalverwaltungen, Jugendorganisationen sowie die Wissenschaft, um die Lehrlingsausbildung zu fördern und europaweit besser zu etablieren.

Die Bemühungen in den einzelnen Ländern

Die Umsetzung der Programme und Empfehlungen der Europäischen Kommission liegt in der Verantwortung der Regierungen der Mitgliedsländer.

Über die Fortschritte und etwaige Schwierigkeiten bei der Realisierung wird von den Ländern verbindlich und regelmäßig berichtet.

Diese Länderberichte und die dazu von der EU formulierten Empfehlungen sind auch eine wertvolle Hilfe für die Organisationen der Sozialpartner, um ihre politischen Schwerpunkte zu bilden und entsprechende Forderungen an die Politik zu stellen.

Leider hat in der Vergangenheit ein meist falsch geleiteter Reformeifer der Politik Bildungssysteme in eine falsche Richtung geführt. Sehr oft hat dabei auch die OECD negativ mitgewirkt, die den Entwicklungsgrad einer Gesellschaft in einer möglichst hohen Akademisierung der Bevölkerung sieht (ein Ziel, das auch in der Strategie „Europa 2020“ formuliert wird), jedoch ohne Beachtung der regionalen wirtschaftlichen Erfordernisse und Traditionen. Das Ergebnis ist in vielen Ländern eine besonders hohe Quote von arbeitslosen jungen Akademikerinnen und Akademikern.

So hat eine solche Reformpolitik vor einigen Jahren zum Beispiel in Polen zwar eine Vervierfachung der Akademikerquote gebracht, aber auch eine explosionsartige Erhöhung der Jugendarbeitslosigkeit bei gleichzeitigem

strukturellem Facharbeitermangel. Nach dieser Reform musste leider festgestellt werden, dass 40% der Absolventen nie in ihrem erlernten Berufsfeld arbeiten. 50% der bis 35-Jährigen leben bei ihren Eltern und sind nicht in der Lage, eine eigene Existenz aufzubauen. Ähnlich ist die Situation in Griechenland. Dort spricht man von einer "Peter Pan-Generation", die sich auf ihre Familien verlässt bzw. verlassen muss.

In vielen Ländern überlässt man vermehrt die Berufsausbildung privaten Anbietern, die oft nicht die erforderliche Qualität der Ausbildung einhalten und somit am Arbeitsmarkt vorbeigieren, aber hohe Schulgebühren verlangen.

In diesen Fällen ist eine staatlich kontrollierte und den EU-Normen folgende Akkreditierung einzurichten, um eine länderübergreifende Vergleichbarkeit zu sichern.

Instrumente für einen offenen europäischen Arbeitsmarkt durch die Anerkennung und Vergleichbarkeit von Kompetenzen

Bei der Verwirklichung der Freizügigkeit des Arbeitsmarkts hat man noch unter den Rechtsnormen des EWR Anerkennungsrichtlinien für einige wenige reglementierte Berufe, wie zum Beispiel den der Ärzte, beschlossen. Eine solche Richtlinie für alle Berufe war und ist wegen der großen Zahl, aber auch nicht zuletzt wegen der zunehmenden Entreglementierung der Zugangserfordernisse unterblieben.

Um im Zuge der Mobilität auch Vergleiche der beruflichen Kompetenzen machen zu können, wurde als Vergleichsinstrument der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR) geschaffen, mit der Verpflichtung der Mitgliedländer ihrerseits, einen Nationalen Qualifikationsrahmen zu erarbeiten, der mit dem EQR kompatibel ist.

Die Umsetzung ist bereits in vielen Ländern erfolgt. Damit ist ein europäisches Vergleichsinstrument geschaffen, welches jedoch die nationalen Zertifikate nicht ersetzt.

In der im Jahr 2016 beschlossenen Kompetenzagenda der Europäischen Kommission wird eine weitere Verbesserung des EQR und des EUROPASS umgesetzt. Der neue EQR soll auch das Erstellen von Kompetenzprofilen für Drittstaatsangehörige (z.B. Migranten) ermöglichen.

Der neue EUROPASS soll eine breite Palette an Instrumenten und Diensten in einer nutzerfreundlichen Online-Umgebung bieten, die den Menschen hilft, Entscheidungen über ihren Berufs- und Bildungsweg zu treffen.

Im Blick auf den großen Anteil von privaten Berufsbildungsanbietern wäre allerdings ein vermehrtes Augenmerk auf die Qualitätsüberprüfung und Qualitätssicherung in der Berufsbildung zu legen. Das gute Instrument dafür ist mit dem EQAVET (Europäischer Bezugsrahmen für die Qualifikationssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung) bereits vorhanden.

c. Wirtschaftspolitische Maßnahmen für einen stabilen und nachhaltigen Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit als Folge eines unkontrollierten Marktes

Die Ursachen für die Reduktion der öffentlichen Haushalte und die damit verbundenen Einsparungsprogramme liegen nicht im Versagen des marktwirtschaftlichen Prinzips, sondern in der Unfähigkeit, dieses wichtige Instrument wirtschaftspolitisch sinnvoll anzuwenden. Völlig unterschiedliche Parameter betriebswirtschaftlicher Ziele und volkswirtschaftlicher Verhaltensmuster prägen derzeit das globale Wirtschaftsgeschehen. Vernünftige öko-

nomische Modelle sehen sich in Konkurrenz zu einem grenzenlosen Streben nach Wachstum und Kapitalrenditen. Dieses Verhalten wird als Neoliberalismus bezeichnet und führt oft zu grotesk-dramatischen Zusammenhängen und Auswüchsen. So hängen zum Beispiel die Rentenhöhe und damit die Kaufkraft von Pensionsbeziehern der westlichen Industriestaaten sehr stark vom „shareholder value“ ihrer im Finanzmarkt investierten Beiträge ab. Die Steigerung oder zumindest die Erhaltung des Wertes des „shareholder value“, der wiederum die Rentenhöhe sicherstellen soll, werden in einer ausschließlich wachstumsorientierten Finanzwirtschaft mit ihren Spekulationen auf virtuellen Märkten erzielt, oft begleitet von Rationalisierungsmaßnahmen auf den realen Arbeitsmärkten, diese meist mittels Abbau von Beschäftigten und damit der Reduzierung von Kaufkraft. Dies trägt wiederum zu Verringerungen beim Bruttoinlandprodukt und bei den Beiträgen zu den Sozialversicherungseinrichtungen bei. Ebenso sind arbeitsmarktförderliche Investitionen der öffentlichen Hand nicht möglich. Mit dieser Situation sehen sich derzeit vor allem Griechenland und Zypern konfrontiert, während z. B. Portugal noch immer die Nachwirkungen verspürt. Zusätzlich müssen Verluste der Banken auf den Finanzmärkten realwirtschaftlich aufgefangen werden, was zu einer weiteren Reduktion von Kaufkraft durch Abschöpfung mittels Steuererhöhungen bei den Erwerbstätigen und zur Verringerung impulsgebender Investitionen der öffentlichen Hand führt. Damit wird eine nur schwer beherrschbare ökonomische Abwärtsspirale beschleunigt.

Eine solche Wirtschaftspolitik führt zur Vernichtung von Arbeitsplätzen und zur schlimmsten Form der Arbeitslosigkeit, nämlich jener von jungen Menschen. Andauernde hohe Jugendarbeitslosigkeit aber führt unweigerlich zur Perspektivenlosigkeit einer ganzen Generation und zu einer dramatischen gesellschaftlichen und politischen Destabilisierung.

Diese Situation wurde in den Seminaren mit Beiträgen vor allem aus Griechenland, Zypern, Portugal und Spanien unterstrichen.

Das Fehlen einer Wirtschaftsethik

Die selbstregelnde Kraft des Marktes, der die ausschließliche Basis des Neoliberalismus darstellt, setzt das Modell eines vollkommenen Marktes (perfect competition) voraus und ist daher in der Praxis eine betriebs- und volkswirtschaftliche Fiktion. Denn er existiert in der Realität nicht. Homogenität der Güter, kein Vorhandensein von Präferenzen, unendlich schnelle Reaktionszeiten und Gewinnmaximierung als die wichtigsten Kriterien eines solchen vollkommenen Marktes treffen vielleicht am ehesten noch auf die Finanzmärkte zu, jedoch in keiner Weise auf den Arbeitsmarkt. Dazu kommen heute virtuelle Märkte und der Handel mit sogenannten Finanzderivaten, das heißt mit Handelsgütern, die durch keine realen Wirtschaftswerte abgesichert und gedeckt sind. Die Börsen wurden somit von ihrer ursprünglichen positiven Marktfunktion, nämlich als Regulativ von Angebot und Nachfrage, in globale Spielcasinos umfunktioniert.

In dieser Welt der virtuellen Finanzmärkte ist auch die Theorie des Grenznutzens (marginal utility) weitgehend außer Kraft gesetzt und damit einer maßlosen Gier nach noch mehr „shareholder value“, nach grenzenlosem Wachstum ohne Rücksicht auf Natur, Umwelt und Schöpfung der Weg geebnet.

Die moralische Dimension und die Kraft des Naturrechts (lex naturalis), mit den Prinzipien der Personalität, Solidarität und Subsidiarität, wird im wirtschaftlichen Bereich zu Gunsten eines materialistisch geprägten Rechtspositivismus immer mehr zurückgedrängt. Damit dienen Wirtschaft und Recht nicht vorrangig dem Individuum, sondern sie beherrschen zusehends den Menschen.

7 Die Erfordernisse für die Zukunft

Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik

Um die Zukunft zu bewältigen braucht es:

- *Eine Wirtschaft der Nachhaltigkeit, des sozialen Ausgleichs und der Ökologie;*
- *Langfristiges Optimieren statt kurzfristigem Maximieren;*
- *Ausgeglichene Haushalte;*
- *Fairen Standortwettbewerb.*

Nur eine florierende Wirtschaft mit langfristiger Auftragslage, die auf Nachhaltigkeit setzt und die Ressourcen nicht ausbeutet, kann eine langfristige hohe Beschäftigungslage sichern. Damit einhergehen können auch entsprechende Löhne, die sowohl langfristige Existenzgründungen ermöglichen als auch für eine hohe Kaufkraft auf dem Binnenmarkt sorgen. Leider wird durch die Globalisierung jedoch ein Wirtschaftsdenken praktiziert, welches gerade nicht auf langfristige Optimierung und damit auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist, sondern auf kurzfristiges Maximieren ohne Rücksichtnahme auf die Erfordernisse der und die Auswirkungen auf die Zukunft.

Ebenso sind langfristig ausgeglichene Haushalte anzustreben, die der realen Wirtschaftskraft entsprechen und nicht die Zukunft der nachkommenden Generation belasten.

Auch im Modell einer ökosozialen Marktwirtschaft ist der Wettbewerb das wichtigste motivierende Moment. Allerdings sind unlautere Standortwettbewerbe mittels Dumping im Sozial-, Lohn-, Umwelt- und Steuerbereich nicht nur innerhalb von Europa, sondern auch global für den Zusammenhalt schädlich. Innerhalb von Europa verstärkt dies die Endsolidarisierung und untergräbt die Integration. Der Wettbewerb hat sich vielmehr im Rahmen der Wirtschaftsleistung, der Qualität und der Innovation zu bewegen.

Neuorientierung der Finanzmärkte

Finanzkrisen, wie die des Jahres 2007, sind nur zu verhindern mit:

- *einer unabhängigen Bankenaufsicht;*
- *Finanztransaktionen auf der Basis realer Märkte;*
- *ausgeglichenen Budgets und verminderten Schuldenlasten.*

Grundlage für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung sind geordnete Finanzmärkte.

Es ist daher vorzuzorgen, dass die Finanzinstitute ihrer tatsächlichen Aufgabe in der Realwirtschaft gerecht werden und nicht mit virtuellen Gütern riskante Spekulationsgeschäfte praktizieren. Die Verluste in unvorstellbaren Milliarden dimensionen tragen zuletzt immer die Konsumenten und die Arbeitnehmerschaft. Die Sanierung der aus den Fugen geratenen staatlichen Budgets haben hauptsächlich die Arbeitnehmer durch eine extreme Austeritätspolitik zu tragen, die die Einkommen kürzt und Arbeitsplätze vernichtet.

Die bitteren Erfahrungen der Jahre 2007 und 2008 haben zu einem teilweisen Umdenkenden der Politik geführt und eine Verstärkung der Kontroll- und Aufsichtsinstrumente auf den Finanzmärkten bewirkt. Die Hauptgefahr geht aber auch Zukunft von einer unverantwortlichen Politik aus, die leider – wie wir wissen – in der Vergangenheit ihre selbstgesetzten Spielregeln aus Opportunität außer Kraft gesetzt hat.

Umdenken in der Bildung und Ausbildung

Bildung und Ausbildung haben unsere „Wissensgesellschaft“ auch zu einer „Könnensgesellschaft“ zu machen, denn:

- *Wissen und Können sind die nachhaltigsten Ressourcen;*
- *Wissenschaft und Forschung schaffen Innovation;*
- *Investitionen in hochwertige Berufsbildung sind nachhaltig.*

Wenn in den letzten Jahrzehnten der Ehrgeiz der Europäischen Union darin bestand, eine Wissensgesellschaft zu schaffen, so hat sich dies in Krisenzeiten als zu wenig herausgestellt. Dem Wissen ist auch das Können beizugeben, welches im Sprachgebrauch der Europäischen Kommission etwas vieldeutig als Kompetenz bezeichnet wird. Damit wird der nicht sehr neuen Erfahrung Rechnung getragen, dass es entscheidend für jeden Erfolg ist, vorhandenes theoretisches Wissen auch auf hohem Standard in die Praxis umsetzen zu können. Dies wird durch eine qualitativ hochwertige Berufsbildung ermöglicht, wobei neben der Vermittlung fachlichen Wissens und praktischer Anwendung auch allgemeine Bildung und Erziehung zur Persönlichkeitsentwicklung wichtig sind und nicht nur praktische Unterweisung. Mit einer solchen hochwertigen Berufsbildung kann auch dem in vielen Ländern noch immer verbreiteten Vorurteil entgegengewirkt werden, dass berufliche Bildung mit ihrer Praxisorientiertheit zweitrangig ist und in der Gesellschaft ein der Hochschulbildung untergeordnetes Image hat. Dies ist auch ein Grund dafür, dass es in manchen Ländern zu einer besonders hohen Arbeitslosigkeit unter jungen Universitätsabsolventen kommt.

Bevölkerungsentwicklung und Migration

Um eine verträgliche Bevölkerungsentwicklung in einem in vielen Ländern überalterten Europa sicherzustellen, braucht es:

- *Eine verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik;*
- *Wirksamen Kampf gegen den Brain-Drain;*
- *Bereitschaft zur Integration.*

Neben einer für jeden christlich geprägten Menschen selbstverständlichen von der Verantwortung des Gewissens getragenen Hilfsbereitschaft haben die staatlichen Institutionen und die Europäische Gemeinschaft bei ihrem Handeln eine Ethik der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl zu tragen.

Zielführend ist daher, eine solidarische und koordinierte Migrations- und Integrationspolitik zu verwirklichen.

Neben der Zuwanderung nach Europa ist, derzeit von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, die Abwanderung gut ausgebildeter und motivierter junger Menschen ein gravierendes Problem. Diese jungen Menschen sehen leider in ihrer Heimat keine Zukunft, um für sich und eine Familie eine gesicherte Existenz aufzubauen. Gerade diese Generation hätte es aber in der Hand, die Zukunft ihrer Region positiv zu gestalten, gerade sie ist unentbehrlich für den Aufbau eines nachhaltigen Wirtschaftsstandortes in ihrer Region. Aber gerade sie sehen sich gezwungen, in andere Regionen oder Länder Europas abzuwandern, manche verlassen sogar Europa und vermindern damit das junge Humanpotenzial, welches für ein Erstarken der Wirtschaft und die Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes unentbehrlich ist. Dies trägt neben der niedrigen Geburtenrate in der Mehrzahl der europäischen Länder zusätzlich zur rapiden Überalterung des Kontinents bei. Millionen dieser jungen Menschen aus dem Süden und Osten Europas, extreme Beispiele sind im Osten die Länder Bulgarien und Rumänien und im Süden Portugal und Spanien, gehen ihren Regionen, viele sogar Europa, für immer verloren.

Besinnung auf die christlich-europäischen Werte

Der Mensch ist von der Schöpfung als soziales Wesen geschaffen und hat sich daher gemäß seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten in die Gesellschaft solidarisch einzubringen, ohne jedoch seine Persönlichkeit dabei aufzugeben. Daher gilt es:

- *Personalität, Solidarität und Subsidiarität zu Maximen des Handelns zu machen und den zunehmenden*
- *Relativismus im Glauben und in der ethischen Wertehaltung zu bekämpfen;*
- *trotz aller Schwierigkeiten, gestärkt durch Glaube und Hoffnung, optimistisch in die Zukunft zu blicken.*

Der aus Tirol stammende Priester und Professor für Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Wien, Johannes Messner, hat in der Wendezeit der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts entscheidend zur wissenschaftlichen Untermauerung der christlich-sozialen Wertehealtung in unserer Gesellschaft beigetragen und damit der christlichen Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsbewegung ein sicheres Fundament gegeben. Der Begründer der Wiener Schule der Naturrechtslehre hat sich vor allem in seinem Hauptwerk „Die soziale Frage“⁵, welches er, von den Nationalsozialisten verfolgt, im Exil schreiben musste, mit der Wirtschaftsethik und den Werten einer humanen Gesellschaftsordnung auseinandergesetzt.

Das Fundament seiner Lehre stellt die Trias von Personalität, Solidarität und Subsidiarität dar. Er wendet sich damit gegen jeden materialistisch und daher menschenverachtenden Totalitarismus. Sowohl gegen jenen Kollektivismus, der den Menschen seiner Persönlichkeitsentfaltung beraubt, als auch gegen jenen Materialismus, der den Menschen zu einem bloßen Produktionsfaktor degradiert. Diese von Johannes Messner aufgezeigte Wertehealtung hat auch für eine christliche Arbeitnehmerbewegung von heute uneingeschränkte Gültigkeit. Denn wir leben in einer Gegenwart, die zwischen zwei menschenverachtenden Lehren, nämlich der eines schrankenlosen Neoliberalismus und der einer heraufdämmernden Nostalgie des gescheiterten realen Sozialismus, einen Weg einer Humanität sucht, die auf der unveräußerlichen Würde und Identität jedes Menschen baut.

Die Verantwortung gegenüber der Schöpfung und für die zukünftigen Generationen

Folgende Forderungen und Ziele wurden im Interesse von Europas Jugend in den Diskussionen und Vorträgen der Seminarreihe als primär und unauf-schiebbar bezeichnet:

5 Johannes Messner, „Die soziale Frage“ – im Blickfeld der Irrwege von gestern, der Sozialkämpfe von heute, der Weltentscheidungen von morgen. Innsbruck-Wien-München, Verlag Tyrolia 1956.

- *Umweltschonende Produktion und Minimierung schädlicher Emissionen;*
- *Umweltbewusstes Handeln der Regierungen, der Parlamente und Verwaltungen;*
- *Verwendung erneuerbarer Energie;*
- *Wiederverwertung von Rohstoffen durch Recycling;*
- *Optimierung von Transport und Logistik;*
- *Bekämpfung einer Wegwerfmentalität;*
- *Umweltbewusstes Handeln im persönlichen Verhalten jedes Einzelnen.*

Nur wenn wir alles tun, um diese Forderungen und Ziele umzusetzen, können wir unserer Verantwortung gegenüber der Schöpfung im Sinne von Papst Franziskus gerecht werden sowie unsere eigene Würde wahren und unserem Pilgerweg auf dieser Erde einen Sinn geben, wie uns die Päpstliche Enzyklika „Laudato si“⁶ Wegweisung ist: *„160 Welche Art von Welt wollen wir denen überlassen, die nach uns kommen, den Kindern, die gerade aufwachsen? Diese Frage betrifft nicht nur die Umwelt in isolierter Weise, denn es ist unmöglich, das Problem fragmentarisch anzugehen. Wenn wir uns bezüglich der Welt, die wir hinterlassen wollen, Fragen stellen, meinen wir vor allem ihre allgemeine Ausrichtung, ihren Sinn, ihre Werte. Wenn diese grundlegende Frage nicht lebendig mitschwingt, glaube ich nicht, dass unsere ökologischen Bemühungen bedeutende Wirkungen erzielen können. Wird sie aber mutig gestellt, führt sie uns unweigerlich zu weiteren, sehr direkten Fragestellungen: Wozu gehen wir durch diese Welt, wozu sind wir in dieses Leben gekommen, wozu arbeiten wir und mühen uns ab, wozu braucht uns diese Erde? Darum reicht es nicht mehr zu sagen, dass wir uns um die zukünftigen Generationen sorgen müssen. Wir müssen uns bewusst werden, dass unsere eigene Würde auf dem Spiel steht. Wir sind die Ersten, die daran interessiert sind, der Menschheit, die nach uns kommen wird, einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen. Das ist ein Drama für uns selbst, denn dies beleuchtet kritisch den Sinn unseres eigenen Lebensweges auf dieser Erde.“*

6. Papst Franziskus, „LAUDATO SI – Die Umwelt-Enzyklika“, Herder; Freiburg-Basel-Wien, 2015.